



Einen entscheidenden Schritt weiterkommen

„Gestern standen wir kurz vor dem Abgrund. Heute sind wir einen entscheidenden Schritt weiter.“ Dieser makabre Witz charakterisiert die Gefahren, die Europa heute drohen. Nach dem jugoslawischen Eroberungskrieg in Slowenien und dem serbischen Territorialkrieg in Kroatien 1991, nach dem Krieg um Macht und Vorherrschaft über Bosnien, angezettelt von serbischen Einheiten, weitergetragen von kroatischen Verbänden 1992 und 1993, nach der Entwicklung hin zum Bürger- und Religionskrieg 1994, kann dieses Jahr zu einem weiteren Jahr des Krieges werden.

Ende März läuft das alte Mandat der UNO-Schutztruppen in Kroatien ab und ein neuer Krieg um die serbisch besetzten Gebiete wurde von beiden Seiten offen vorbereitet. Auch wenn der kroatische Präsident Tudjman schliesslich die Einwilligung gegeben hat, die besetzten Gebiete unter Aufsicht zu behalten, ist die Verhärtung der Positionen kaum so schnell rückgängig zu machen. Kroatiens Präsident setzte auf die Karte der nationalistischen Mobilisierung. Die Frustrationen der Vertriebenen, die seit bald vier Jahren auf eine Rückkehr warten, wurden manipuliert und mobilisiert. Eine politische Regelung – und eine andere kann sich Kroatien wirtschaftlich z.B. wegen des Sommer-Tourismus gar nicht leisten – wird auch diesem erneut geschürten Nationalismus einen Ausweg bieten müssen.

Auch im Süden des ehemaligen Jugoslawien droht der Konflikt sich zu einem Krieg zu entwickeln. Mit ihrer Besiedlungspolitik in Kosova riskiert die serbische Regierung, die Bereitschaft zum Gewaltverzicht seitens der Kosova-AlbanerInnen überzustrapazieren (dazu unser Gespräch mit Adem Demaçi auf Seite 45). In Mazedonien sind bei Auseinandersetzung mit der albanischen Minderheit Menschen getötet worden. Griechenland, Albanien, Bulgarien, aber auch die Türkei stehen Gewehr bei Fuss. Wenn der Konflikt sich ausweitet, werden auch sie mit hineingezogen werden.

Die Gefahr einer Ausweitung der Kriege ist aber kein „Balkan-Problem“. Menschen versuchen, sich dem Krieg, der wirtschaftlichen und politischen Perspektivlosigkeit zu entziehen und wandern aus – zum Beispiel in die Schweiz. Politische Stabilität in der Schweiz ist nicht möglich in einem politisch instabilen Europa. Wir müssen dazu beitragen, dass die Menschen, die vor dem Krieg fliehen, zu einer eigenen neuen Stabilität finden (S. 6). Die Frage europäischer Integration und der Beteiligung des Inselreiches Schweiz stellt sich (Streitpunkt ab Seite 7). Politisches Stimm- und Wahlrecht (S. 17) und der Widerstand gegen Rassismus (S. 19) schaffen solche Integrationsmöglichkeiten, die nicht Assimilierung verlangen, sondern Beteiligung anbieten.

Demokratische Gerechtigkeit (S. 35) schafft Spielräume und Stabilität. (Sozialer) Friede erfordert Gerechtigkeit – auch international. Das Tribunal Ex-Jugoslawien in Bern und das internationale Tribunal in Den Haag versuchen, den Opfern Gerechtigkeit zukommen zu lassen und damit die Voraussetzung zu schaffen, dass Zusammenleben wieder möglich werden kann (ab Seite 39). Im April werden es vier Jahre sein, dass die Belagerung Sarajevos begann. Dass Optimismus selbst hier noch möglich ist, zeigt das Gespräch mit Adil Kulenovic (S. 41).

Wir können und müssen Schritte tun. Das Tribunal zeigt, dass solche Schritte möglich sind und dass sie auch in die richtige Richtung gemacht werden können – wenn wir uns bewusst sind, wo der Abgrund ist.

Roland Brunner